



SEEHEIMER
KREIS
STRATEGIEPAPIER

RESPEKT UND SCHUTZ FÜR UNSERE EINSATZKRÄFTE

Seeheimer Strategiepapier
Februar 2023



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion



SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER

RESPEKT UND SCHUTZ FÜR UNSERE EINSATZKRÄFTE

Die zahlreichen gewalttätigen Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und andere Helferinnen und Helfer am Silvesterabend 2022 haben einmal mehr den politischen Handlungsbedarf verdeutlicht. Trotz vorheriger Appelle der Sicherheitsbehörden und der Gewerkschaften, friedlich und gewaltfrei zu feiern, haben gewalttätige Einzeltäter und Kleingruppen bundesweit mehrere Dutzend Beamtinnen und Beamte sowie Freiwillige verletzt.

Ausufernde Gewalt gegen Polizei und Feuerwehr hat es zuvor bereits u.a. in der Silvesternacht 2019, vor zweieinhalb Jahren in Stuttgart und vor zwei Jahren im hessischen Dietzenbach gegeben. Die Silvesternacht 2022 war keineswegs eine Berliner Silvesternacht. In der medialen Berichterstattung und Wahrnehmung entstand schnell der Eindruck, dass es vor allem in Berlin die meisten und schlimmsten Vorfälle gab. Leider gelten diese Erfahrungen auch für andere Teile der Republik. Hier gab es ebenfalls Ausschreitungen, die sich zum Teil gegen Rettungskräfte oder Polizisten richteten. Dies gilt vor allem für das Ruhrgebiet in NRW. Zu einem gesamtstaatlichen Lagebild stehen Stand heute, gut einen Monat nach der Silvesternacht 2022 immer noch Zulieferungen aus vielen, vor allem Unionsregierten Ländern aus. Diese sind zu objektiven Einordnung unerlässlich und dürfen nicht Spielball konservativer, parteitaktischer Spielchen in Fragen unserer inneren Sicherheit sein.

Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte kennen wir auch aus anderen Zusammenhängen: Bei den Castor-Transporten vor gut zehn Jahren, beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 und bei den Protesten im Hambacher Forst 2018 hat es Ausschreitungen oder Angriffe gegeben. Und auch im Alltag werden Einsatzkräfte häufig bei ihrer Arbeit behindert, beleidigt und körperlich angegriffen. Hinzu kommt das Phänomen des Gaffens bei Notfällen: Schaulustige halten ihre Mobiltelefone auf Opfer, Helferinnen und Helfer, behindern unter Umständen die Arbeit der Helferinnen und Helfer und nutzen die Aufnahmen für die sozialen Medien.

Als SPD fordern wir Respekt. Wir fordern Respekt vor den Gesetzen, auf denen unser gesellschaftliches Zusammenleben basiert. Und wir fordern Respekt für diejenigen ein, die jeden Tag bereit sind, ihre Gesundheit, körperliche Unversehrtheit und je nach Auftrag sogar ihr Leben für unsere freiheitliche Gesellschaft, unsere Sicherheit und den Schutz aller Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Sie ermöglichen und sichern unser gesellschaftliches, friedliches Miteinander: Die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehren, die Rettungssanitäterinnen und -sanitätern und auch den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Wir setzen uns für





den gewaltfreien Umgang miteinander ein und verurteilen jeden Übergriff auf die Einsatzkräfte und Ehrenamtlichen aufs Schärfste.

Wir ziehen jetzt die notwendigen Konsequenzen aus den zahlreichen, bundesweit gezielten Angriffen auf Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei am vergangenen Silvesterabend:

- 1.** Die Innenministerkonferenz dient der Abstimmung und dem Austausch von Bund und Bundesländern. **Wir fordern, die Innenministerkonferenz zu nutzen, um auch in der Zukunft eine bundesweite Lagedarstellung zu ermöglichen.** Auch mehrere Wochen nach der Silvesternacht liegt diese noch immer nicht vor. Zur Wahrheit gehört auch, dass viele wichtige Erkenntnisse zur Entstehung der Gewalt in der Silvesternacht nicht klar sind. Die kriminologische Forschung zum Silvesterabend 2022 und vergleichbaren Ereignissen muss gefördert werden, um künftige Gewaltexzesse verhindern und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr organisieren zu können.
- 2. Wir fordern die stärkere Durchsetzung der bereits bestehenden Verbotszonen für Feuerwerks- und Knallkörper als wirksames Brandschutzmittel und um Hilfeleistende zu schützen.**
- 3.** Straftaten gegen Vollstreckungsbeamte und Hilfeleistende können mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden, wenn die Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug mit sich führen, wenn das Opfer schwer verletzt wird oder in Todesgefahr schwebt, oder wenn die Tat von mehreren Tätern begangen wurde. **Wir fordern, den Fall des „in einen Hinterhalt-Locken“ in § 113 Abs. 2 StGB als besonders schweren Fall zu ergänzen und das Strafmaß auf mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe zu erhöhen.**
- 4.** Damit Taten schnellstmöglich ermittelt werden können, benötigen Polizei und Justiz ausreichend Personal. Mit dem von der SPD initiierten „Pakt für den Rechtsstaat“, der von Bundesjustizminister Buschmann leider aufgeweicht worden ist, sind die ersten Maßnahmen eingeleitet, um die Länder zu unterstützen. **Wir fordern, dass dieser Pakt mit dem Ziel einer noch stärkeren Unterstützung der Länder im Sinne seiner Ursprungskonzeption überprüft und jetzt angepasst wird.**
- 5.** Die Erschwerniszulagen für Bundespolizistinnen, -polizisten und weitere Einsatzkräfte sind in jedem Fall durch die besonderen Tätigkeiten der Empfängerinnen und Empfänger gut begründet. **Wir fordern, dass diese Zulagen auch ruhegehaltstauglich sind und das Bundesgesetz dem Koalitionsvertrag entsprechend zu ändern.**
- 6.** Wem Unrecht widerfahren ist, soll die Stärke des Rechtsstaates sicher hinter sich wissen. **Wir fordern, zu prüfen, ob und wie im Dienst durch Gewalt verletzte Beamtinnen und**





Beamte im Zivilprozess besser unterstützt werden können, um Schmerzensgeld einklagen zu können.

- 7.** Gewaltfreiheit im Alltag ist ein Kennzeichen moderner Gesellschaften und für unser tägliches Miteinander unverzichtbar. **Wir fordern, die Kultur der Gewaltfreiheit als Querschnittsthema in den Kommunen, den Bundesländern und im Bund durch die Stadtteilarbeit, die politische Bildung und die Integrationspolitik zu stärken.**
- 8.** Um den sozialen Frieden zu stärken und Integration zu fördern, sollten soziale Zeiten und Gesellschaftsdienste zur Lebensbiografie jedes in Deutschland lebenden Menschen gehören. **Wir fordern, dass sich mindestens jede/r einmal im Leben in geeigneten Dienst- oder Programmstrukturen für die Sorgen und Nöte anderer einsetzen muss. Das stärkt das Miteinander. Dazu müssen sich mehr Institutionen für Einsatzmöglichkeiten öffnen, als diejenigen, die heute für ein freiwilliges soziales Jahr zur Verfügung stehen. Diese Institutionen müssen durch Bund und Länder systematisch unterstützt und neue Partner hinzugewonnen werden. Außerdem brauchen wir zusätzliche Anreizsysteme, mit denen wir möglichst alle erreichen.**

Wir wünschen allen verletzten Helferinnen und Helfern eine gute und schnelle Genesung. Wir sind ihnen dankbar für jeden ihrer Einsätze - insbesondere an einem Abend, an dem die meisten Menschen friedlich und fröhlich das neue Jahr feiern wollten.

Wir stehen solidarisch an ihrer Seite – jeden Tag und wir werden dafür sorgen, dass sie im Alltag Respekt und Anerkennung erfahren, besser geschützt sind. Die Silvesternacht 2022 wird sich nicht wiederholen.

SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis